

# Die Verwirklichung der Millenniumsziele im Südlichen Afrika

## Sambia

Die große Mehrheit der etwa 11 Millionen Einwohner Sambias gehört zu den ärmsten Bewohnern der Erde. Dabei gehörte Sambia bei der Unabhängigkeit 1964 noch zu den afrikanischen Ländern mit einem mittleren Einkommen und schien gute Wachstumsmöglichkeiten zu haben. Im Sambia-Bericht 2004 von „Social Watch“ wird diagnostiziert: „Eine unmenschliche Politik, die westliche Institutionen und Staaten der sambischen Gesellschaft auferlegt haben, verbunden mit einer unglückseligen nationalen Politik, haben das Ausmaß der Armut und die Ausbreitung von HIV/AIDS so weit ansteigen lassen, dass es für gewöhnliche Bürger praktisch unmöglich geworden ist, in Würde zu leben.“ In dem Bericht wird dargestellt, wie eine verfehlte Marktöffnungs- und Privatisierungspolitik, unangemessene Reaktionen auf die Ausbreitung von HIV/AIDS, Korruption und weitere Faktoren zum wirtschaftlichen Niedergang beigetragen haben. Ergänzend muss erwähnt werden, dass Sambia als Binnenstaat besonders während der Zeit der Apartheid große Probleme hatte, seine Exportprodukte nach Übersee zu verschiffen und Importe ins Land zu bringen. Die Beteiligung am Kampf gegen die Apartheid hatte für Sambia einen hohen Preis. Doch der wirtschaftliche Niedergang wäre ohne Faktoren wie die Jahrzehnte andauernde staatliche Ineffizienz und das große Ausmaß der Korruption nicht erklärbar. Die gegenwärtige Regierung unter Präsident Mwanawasa bemüht sich um einen Neuanfang.

Mit 32,7 Jahren hat Sambia heute die niedrigste Lebenserwartung aller Staaten der Welt. In den letzten Jahren ist zwar ein Wachstum der Wirtschaft zu verzeichnen, aber angesichts sehr ungleicher Einkommensverhältnisse kommt davon sehr wenig bei den Armen an. Deshalb kann es nicht überraschen, dass Sambia große Probleme haben wird, die Millenniumsziele zu erreichen. Ciara Gaynor (von der UN Millenniums Campaign) kam in einer ausführlichen Analyse zum Ergebnis: „Auf der Grundlage der bestehenden Trends ist es unwahrscheinlich, dass Sambia die Ziele erreichen wird, vielleicht mit Ausnahme der Umweltziele.“

### Ziel 1:

#### Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

1991 lebten 58,2% der Menschen in Sambia nach offiziellen Schätzungen unterhalb der nationalen Armutsgrenze. 1998 waren es 58,0%. In den ländlichen Gebieten betrug der Anteil der Armen sogar 71%. Neuere Zahlen der Regierung liegen nicht vor, aber es spricht viel dafür, dass



die Verarmung noch zugenommen hat. Im internationalen Vergleich stehen die Armen Sambias besonders schlecht da. Auf dem „Human Poverty Index“ kommt Sambia nur auf Platz 90 von 103 bewerteten Ländern. Dazu hat die verfehlte Liberalisierungspolitik, die vom Internationalen Währungsfonds verordnet worden war, wesentlich beigetragen. Über Nacht wurden die staatlichen Angebote für Landwirtschafts-Inputs, Kredite, Subventionen und Marketingunterstützung beendet. Die Hoffnung, dass der Privatsektor diese Lücke umgehend mit eigenen Angeboten füllen würde, erfüllte sich nicht. So brach zum Beispiel das ländliche Kreditsystem völlig zusammen, weil die privatisierten Banken keinerlei Interesse zeigten, arbeitsaufwendige und riskante Kredite an Bauernfamilien zu vergeben. Im Juni 2005 befasste sich der BBC-Korrespondent Marc Doyle mit den Auswirkungen der Liberalisierungspolitik auf Sambia: „Zum Beispiel ist die einheimische Textilindustrie unter dem Druck billiger Importe aus Asien und dem Handel mit Second-Hand-Kleidung aus Europa zusammengebrochen ... Jeder, mit dem ich in Sambia sprach, sagte mir, dass die Arbeitslosigkeit sich als Ergebnis der Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen erhöht hat, die 1991 eingeführt wurden.“ Die gegenwärtige Regierung ist skeptisch im Blick auf eine solche Liberalisierungspolitik, aber die Verarmung der ländlichen Bevölkerung lässt sich nur schwer rückgängig machen. Henry Machina, Programmkoordinator der Zambia Land Alliance, sagte 2004 in einem Interview im Blick auf Subventionen für die Landwirtschaft: „Es ist nicht notwendigerweise schlecht, wenn sie armen Menschen ermöglichen, sich von der Armut zu befreien ... Wenn europäische Länder und die Vereinigten Staaten seit vielen Jahren ihren Bauern Subventionen gezahlt haben (und weiter zahlen), warum sollte dann Sambia daran gehindert werden, dies auch zu tun.“

Ein weiterer wichtiger Grund der Verarmung ist die Jugendarbeitslosigkeit, die sich von 1990 bis 2000 sogar noch drastisch von 34% auf 51% erhöht hat. Grundvoraussetzungen für das Erreichen des Millenniumsziels sind eine konsequente Politik zugunsten der Armen, ein umfassender Schuldenerlass sowie eine deutliche Erhöhung des internationalen Entwicklungsengagements in Sambia. Auch Wirtschaftswachstum ist wichtig, denn das durchschnittliche Prokopfeinkommen betrug 2003 nur 380 Dollar im Jahr, wenig mehr als ein Dollar am Tag. Erreicht werden muss Wachstum plus soziale Gerechtigkeit

Ciara Gaynor schreibt in der bereits erwähnten Analyse: „Wenn ein wirklicher Erfolg auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsziele erreicht werden soll, müssen die Strukturen der strukturellen Ungerechtigkeit, die Sambia einschnüren und die Ungleichheit verstärken, identifiziert und beseitigt werden ... So, wie in den letzten Jahren die Armut zugenommen hat, hat auch das Niveau der Ungleichheit zugenommen. 2003 hatten die reichsten 10% der Bevölkerung einen Anteil von 41% am Einkommen, die ärmsten 10% dagegen 1,1%.“

Im Blick auf die Überwindung des Hungers sieht es nicht günstiger aus. 47% der Kinder sind in ihrem Wachstum zurückgeblieben (auf dem Lande sogar 52%), meist verursacht durch eine unzureichende Ernährung. Der Anteil untergewichtiger Kinder im Alter von bis zu fünf Jahren hat sich von 1992 bis 2001/2 noch von 25 auf 28% erhöht. UNICEF kam Mitte 2005 zum Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der sambischen Kinder keine ausreichende und ausgewogene Ernährung hatte. Für eine Halbierung dieser Werte bis 2015 wäre eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Situation erforderlich. Die Dürre des Jahres 2005 und die anschließende unzureichende Ernährung von 1,2 Millionen Menschen zeigen, wie groß die Aufgabe noch ist.

## **Ziel 2:**

### **Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung**

1990 gingen 80% aller Kinder im Grundschulalter in eine Schule, im Jahre 2003 waren es nur noch 76%. Immerhin erhöhte sich der Anteil der Kinder, die eingeschult worden waren und die siebte Klasse abschlossen, von 64 auf 73%. Als Gründe für den zurückgehenden Schulbesuch trotz der Abschaffung der Gebühren für die Grundschulen im Jahre 2002 wurden 2003 in einem offiziellen Bericht zum Stand der Erreichung der Millenniumsziele die Verschlechterung der Qualität des Unterrichts, die schlechte Infrastruktur der ländlichen Schulen und die HIV/AIDS-Pandemie sowie die sinkende Zahl der Lehrer als Folge von AIDS genannt. Allein 1998 starben 800 Lehrerinnen und Lehrer an AIDS. Es wird befürchtet, dass diese Zahl weiter steigen wird. Eine Weltbank-Studie zu Sambia kam 2005 zum Ergebnis, dass 60% der Abwesenheit von Lehrern vom Unterricht

durch eigene Krankheiten oder Krankheiten von Familienmitgliedern verursacht werden, die in Zusammenhang mit AIDS stehen. Der zurückgehende Schulbesuch von Kindern wird auch dadurch verursacht, dass mehr als eine halbe Million Kinder im Schulalter arbeiten, um das karge Familieneinkommen etwas aufzubessern. 75.000 Kinder haben kein Zuhause mehr und leben auf den Straßen der Städte.

Um so schwerer wiegt die Debatte, die im November 2004 um die Auflagen des Internationalen Währungsfonds für den Bildungsbereich geführt wurde. Die „Global Campaign for Education“ warf dem IWF in einer Studie vor, er verhindere mit seinen Auflagen die Einstellung von 8-9.000 gerade ausgebildeten Lehrern. Dagegen wehrte sich der IWF-Direktor für Außenbeziehungen, Thomas Dawson, in einem offenen Brief. Die Regierung Sambias habe die Gehälter der Staatsangestellten drastisch erhöht und dadurch das Staatsdefizit vergrößert. Der IWF und die Regierung hätten sich daraufhin auf eine Begrenzung des Gehaltsvolumens verständigt. Dies habe zur Konsequenz gehabt, dass einige Ministerien keine neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen konnten. Die Regierung habe Angestellte in anderen Arbeitsbereichen eingestellt, nicht aber Lehrer. Es ist von außen nicht möglich, Behauptungen und Gegenbehauptungen zu klären. Der Kritik des IWF an Gehaltserhöhungen ist entgegenzuhalten, dass ein Lehrer oder eine Lehrerin seit der Erhöhung etwa 90 Dollar im Monat verdienen, nach Berechnungen eines katholischen Forschungsinstituts belaufen sich aber allein die Kosten für eine monatliche Versorgung mit Grundnahrungsmitteln auf 111 Dollar. Immerhin gab das Bildungsministerium im Juni 2005 bekannt, dass 7.500 statt ursprünglich 5.000 Lehrer eingestellt würden.

## **Ziel 3:**

### **Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen**

Beim „Gender-Related Development Index“ kam Sambia 2005 nur auf Rang 130 von 140 bewerteten Ländern. Der „Social Watch“-Bericht 2004 zu Sambia kommt zu einem negativen Ergebnis im Blick auf die Situation der Frauen und die staatliche Gender-Politik. So habe die Regierung kein Konzept entwickelt, um gegen die weit verbreitete Gewalt gegen Frauen vorzugehen. Beunruhigend seien sowohl die wachsende Zahl ungeklärter Morde an Frauen als auch die zunehmende häusliche Gewalt.

Die Chancen von Mädchen auf Bildung sinken im Laufe des Bildungsweges. In der Grundschule ist ihr Anteil noch bei 98% im Vergleich zu den Jungen, in der Sekundarschule sind es 90% und in den Hochschulen nur noch 46%. In den oberen Klassen der Primarschule und in der Sekundarschule sinkt der Mädchenanteil, weil viele wegen einer Schwangerschaft die Schule verlassen müssen oder von ihnen erwartet wird, häusliche Arbeiten zu übernehmen.

Die Wirtschaftskrise Sambias hat dazu geführt, dass Frauen aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt wurden. Betrug ihr Anteil an allen Arbeitsverhältnissen außerhalb der Landwirtschaft 1990 noch 39%, so waren es 2000 nur noch 35%. Im landwirtschaftlichen Bereich wirkt sich das traditionelle Landrecht sehr negativ aus, weil es Frauen kein Land zubilligt, so dass Frauen lediglich 10% des Landes besitzen.

Im sambischen Parlament betrug der Frauenanteil 1991 lediglich 6%, bis 2001 stieg er auf 12,7% und ist damit immer noch weit entfernt vom SADC-Ziel von mindestens 30%.

#### **Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit**

1992 wurde der Anteil der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag starben, mit 191 von 1.000 angegeben, 2003 betrug dieser Anteil noch 182. Möglich wurden die begrenzten Erfolge durch breit angelegte Impfprogramme, zusätzliche Ernährungsprogramme und eine verbesserte gesundheitliche Betreuung. Es gibt allerdings weiterhin große Unterschiede zwischen den Überlebensaussichten von Kleinkindern in den Städten und auf dem Lande. Die unzureichende gesundheitliche Versorgung in den ländlichen Gebieten, die hohe Malariaverbreitung, die insgesamt schlechte Ernährungssituation sowie die Ausbreitung von HIV/AIDS erschweren es, das Millenniumsziel zu erreichen.

#### **Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern**

1996 starben 649 von 100.000 Frauen bei der Geburt eines Kindes, im Jahre 2002 war dieser Wert auf 729 gestiegen. Gründe dafür sind u. a. die großen Entfernungen zur nächsten Gesundheitseinrichtung auf dem Lande, die schlechte Ausstattung dieser Einrichtungen mit Medikamenten und gut ausgebildetem Fachpersonal sowie die Ausbreitung von HIV/AIDS. Sambia hat 2003 pro Einwohner 17 Dollar für die Gesundheitsversorgung aufgewendet, das ist nur etwa halb so viel, wie nach Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation WHO für eine minimal funktionierende Versorgung erforderlich ist. Hinzu kommt, dass jedes Jahr mehrere Hundert Krankenschwestern das Land Richtung Großbritannien, Südafrika oder Australien verlassen. Catherine Zimba, die als Krankenschwester in Großbritannien arbeitet, stellte kürzlich gegenüber einer Nachrichtenagentur fest: „Krankenschwestern kommen vor allem aus finanziellen Gründen hierher. Hier werden sie respektiert – aber zu Hause sehen die Leute, wenn sie eine Krankenschwester sehen, Armut.“ Die Regierung versucht, die Gehaltssituation der Ärzte und Krankenschwestern zu verbessern, aber die von den Kreditgebern verordnete Sparpolitik lässt wenig Raum hierfür.

#### **Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten**

Im Durchschnitt waren 2003 etwa 16% der Menschen von 15 bis 49 Jahren HIV positiv. Die Infektionsrate von Frauen war mit 18% sehr viel höher als die der Männer mit 13%. Gleichzeitig gab es ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Die Infektionsrate in den Städten betrug 23%, die auf dem Lande 11%. Die Regierung Sambias hat sich in den letzten Jahren stärker im Kampf gegen HIV/AIDS engagiert. Bisher erhalten aber lediglich 23.000 Patienten antiretrovirale Medikamente. Dass von den Patienten erwartet wird, monatlich umgerechnet acht Dollar für diese Behandlung aufzubringen, erhöht die Regierungseinnahmen nur minimal, ist aber ein großes Hindernis für verarmte AIDS-Kranke, die Behandlungsmöglichkeit zu nutzen.

Im Jahre 2002 traten etwa vier Millionen Malaria-Fälle auf. Mehr als ein Drittel aller Krankenhausaufenthalte wurden durch diese Krankheit verursacht. Beunruhigend ist, dass die Zahl der Malaria-Erkrankungen seit Anfang der 1990er Jahre deutlich gestiegen und bei Kleinkindern besonders hoch ist. Um diesen Trend umzukehren, wäre eine sehr viel stärkere Nutzung von mit Insektiziden behandelten Moskitonetzen und Malaria-Medikamenten erforderlich.

#### **Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit**

Auf dem Lande haben nur 2% der Bevölkerung einen Elektrizitätsanschluss, in der Stadt sind es nur 35%. Die Folge ist, dass 97% der ländlichen Haushalte ihre Mahlzeiten auf Holzfeuern kochen, was einen drastischen Rückgang des Baumbestandes Sambias zur Folge hat.

Zu den erfreulichen Entwicklungen gehören Maßnahmen zur Wiederherstellung des Kafue-Feuchtgebietes. Nach dem Bau eines Staudamms 1972 hatte das Feuchtgebiet seine natürliche Wasserzufuhr verloren. Die internationale Umweltschutzorganisation WWF und das Energie- und Wasserministerium Sambias erreichten 2005, dass in Zukunft aus dem Stausee Wasser in solchen Mengen abgelassen wird, dass eine Wiederherstellung der Feuchtgebiete möglich wird.

Von 1990 bis 2002 stieg der Anteil der Bevölkerung mit einem Zugang zu sauberem Trinkwasser von 50% auf 55%. In den ländlichen Gebieten ist der Anteil noch deutlich niedriger. Es sind also verstärkte Bemühungen erforderlich, um das Millenniumsziel 2015 zu erreichen. 1990 besaßen nur 41% der Bevölkerung eine gesundheitlich unbedenkliche sanitäre Entsorgung, und dieser Wert stieg bis 2002 auf 45%. Auf beiden Gebieten gibt es also leichte Steigerungen, die aber nicht ausreichen, um den Millenniumszielen nahe zu kommen.

## **Ziel 8:**

### **Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft**

Obwohl Sambia in den zurückliegenden Jahren mehrmals von Umschuldungen und einem partiellen Schuldenerlass profitiert hat, konnte erst 2005 ein wirksamer Schuldenerlass erreicht werden. Im Mai 2005 erließen die kreditgebenden westlichen Länder, die im „Pariser Club“ zusammengeschlossen sind, Sambia Schulden in Höhe von 1,8 Milliarden US-Dollar. Damit verblieben gegenüber diesen Ländern nur Restschulden von 124 Millionen Dollar. Die Kreditgeber begründeten den Schuldenerlass mit den Bemühungen Sambias um eine Politik zur Reduzierung der Armut und wirtschaftliche Reformen mit dem Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Wenn die multilateralen Schulden bei Weltbank, Afrikanischer Entwicklungsbank etc. zusätzlich zu den Schulden bei einzelnen westlichen Ländern gestrichen werden, bleiben Sambia lediglich noch 500.000 Dollar Schulden bei internationalen Kreditgebern und eine Milliarde Schulden bei inländischen Kreditgebern. Gemessen an den zeitweise 7,1 Milliarden Dollar Auslandsschulden ist dies eine große Entlastung. In sambischen Regierungskreisen bestand nach dem G8-Beschluss allerdings die Befürchtung, dass der Schuldenerlass an Bedingungen geknüpft wird.

Die Bevölkerung Sambias hat schon bisher einen hohen Preis dafür gezahlt, dass die Auflagen des Internationalen Währungsfonds für einen Schuldenerlass erfüllt

wurden, insbesondere musste der Staatshaushalt drastisch reduziert werden, was wesentlich zu Lasten der Sozialausgaben ging. Im Juni 2004 unterstützte der UN-Gesandte zu AIDS in Afrika, Stephen Lewis, die sambische Regierung in ihrer Auffassung, dass der IWF flexibler im Blick auf die staatliche Haushaltspolitik sein müsse, um dem Land zu erlauben, mehr im Kampf gegen HIV/AIDS zu tun. Arme Familien, Frauen, Kinder, Waisen und andere Gruppen der Gesellschaft hätten wegen der einschränkenden Sparpolitik unvorstellbare Opfer bringen müssen. So sei das Gesundheitsministerium gezwungen gewesen, die Einstellung von Ärzten und Krankenschwestern zu stoppen, obwohl 20% aller Kommunal-Distrikte keinen Arzt und keine Krankenschwester hätten.

Mit 206,4 Millionen Euro gehörte Sambia 2003 zu den afrikanischen Ländern, die die größte staatliche Entwicklungshilfe aus Deutschland erhielten. Pro Kopf waren es 19,7 Euro, fast das Niveau von Namibia. Sambia gehört zu den Schwerpunktpartnerländern Deutschlands. Im Zentrum der Förderung stehen die folgenden Bereiche: Wasser, Dezentralisierung und ländliche Entwicklung, gute Regierungsführung und Zivilgesellschaft. Die EU-Unterstützung belief sich 2003 auf 87,4 Millionen Euro. 2002 erhielt Sambia Entwicklungshilfe in Höhe von 640,6 Millionen Dollar, etwa 60 Dollar je Einwohner. Das entsprach fast einem Sechstel des Prokopfeinkommens.